

Antrag der Fraktion der CDU

### **Breitbandausbau im Land Bremen zügig voranbringen**

Die zunehmende Digitalisierung ist ein Treiber für ökonomisches Wachstum und gesellschaftliche Innovationen. Aufgabe der Landespolitik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die bremische Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger von der wachsenden Digitalisierung profitieren können. Dies setzt vor allem eine leistungsstarke digitale Infrastruktur voraus. Das ifo-Institut München hat errechnet, dass das Wirtschaftswachstum eines Landes jeweils um bis 1,5 Prozentpunkte steigt, wenn 10 Prozent der Haushalte mit schnellem Internet von mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Aktuell trifft dies auf 93,5 Prozent der bremischen Haushalte zu (Quelle: Bericht zum Breitbandatlas 2014 im Auftrag des BMVI). Ein flächendeckender Breitbandausbau könnte im Land Bremen die Wirtschaftsleistung also um bis zu einem Prozentpunkt erhöhen.

Die im Ländervergleich in Summe sehr gute Breitbandabdeckung, die auch der Struktur Bremens als Zwei-Städte-Staat geschuldet ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es – gemessen an dem Ausbauziel der Bundesregierung von flächendeckend 50 Mbit/s – noch immer zahlreiche unterversorgte Ortsteile gibt. In der Stadtgemeinde Bremen betrifft dies die Ortsteile Strom, Blockland, große Teile von Seehausen, Teile von Osterholz, Hemelingen, der Vahr und Burglesum sowie den Bereich der stadtbremischen Häfen. Dort haben nur unter 10 Prozent der Haushalte eine Übertragungsrate von mind. 50 Mbit/s zur Verfügung. Gleiches trifft in der Stadtgemeinde Bremerhaven auf den Ortsteil Weddewarden, den Fischereihafen, sowie Teile von Schiffdorferdamm, Grünhöfe, Surheide und Wulsdorf zu. In Teilen der Bremer Ortsteile Strom (Stromer Landstraße, Ludwig-Erhard-Str., Merkurstraße) und Borgfeld-Timmersloh (Hinterm Moorlande, Ebbensiek) sind noch nicht einmal flächendeckend, d. h. für über 95 Prozent der Haushalte, 2 Mbit/s verfügbar. Hinzu kommt, dass eine Übertragungsrate von 50 Mbit/s für Großstädte kein ambitioniertes Ziel ist. Unternehmen, beispielsweise aus Industrie, Häfen und Logistik, benötigen regelmäßig wesentlich höhere Datengeschwindigkeiten.

Der flächendeckende Breitbandausbau ist nicht in jedem Fall kostendeckend von privaten Telekommunikationsunternehmen zu realisieren. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hatte daher wiederholt vorgeschlagen, Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) für

den flächendeckenden Breitbandausbau zu verwenden. Leider ist der Senat dem nicht gefolgt. Aktuell stehen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen im 700 MHz-Bereich („Digitale Dividende II“) 5,1 Milliarden Euro für den Ausbau des schnellen Internets zur Verfügung. Ein Teil der Erlöse, nämlich 626 Millionen Euro, fließt den Bundesländern zu. Das Land Bremen erhält daraus gemäß Königsteiner Schlüssel 5,9 Millionen Euro. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an den Förderrichtlinien zur Verwendung dieser Mittel. In Kürze ist mit einem entsprechenden Gesetzentwurf bzw. einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern zu rechnen.

Das Land Bremen muss sich proaktiv in diesen Prozess einbringen und schon jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, die Mittel für den Breitbandausbau sinnvoll einzusetzen. Die benannten Breitbandlücken in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven müssen dabei zügig geschlossen werden. Grundsätzlich kommen für eine öffentliche Förderung zwei Modelle infrage: Das Betreibermodell, bei dem die Kommune selbst das Netz aufbaut und den Betrieb für private Unternehmen ausschreibt, oder das Wirtschaftlichkeitslückenmodell, bei dem die Kommune den Netzausbau in solchen Gebieten finanziell fördert, in denen er sich für die Telekommunikationsbetreiber sonst wirtschaftlich nicht lohnen würde.

Die Bremischen Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremischen Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die auf das Land Bremen entfallenen Mittel aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen in ein eigenständiges Förderprogramm zum Ausbau des schnellen Internets in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einzubringen sowie zum Aufbau kostenloser, öffentlicher Drahtlosnetzwerke (WLANs) zu verwenden. Die Bundesmittel sind, falls erforderlich, durch Landesmittel aufzustocken. Das Förderprogramm zum Breitbandausbau soll über die Bremer Aufbau-Bank abgewickelt werden und zum Minimalziel haben, dass 100 Prozent der Haushalte und Unternehmen im Land Bremen eine Übertragungsrate von 50 Mbit/s zur Verfügung haben. Eine Förderung soll grundsätzlich nur für Projekte gewährt werden, die auf einen Überbau bestehender Breitbandinfrastruktur verzichten, damit Fehlallokationen vermieden werden. Ein Überbau darf nur dort zulässig sein, wo die bestehende Infrastruktur keinen offenen Zugang für andere Anbieter zulässt.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung ein Konzept für ein entsprechendes Breitbandprogramm sowie den Aufbau kostenloser, öffentlicher Drahtlosnetzwerke in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven einschließlich Finanzierungsvorschlag vorzulegen und dieses im Vorfeld mit dem Magistrat der Seestadt Bremerhaven abzustimmen.

Frank Imhoff, Claas Rohmeyer, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der  
CDU